

Gemeinsam in Europa – Gemeinsam für Europa

Bilanz zum Arbeitsprogramm des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020

Wir haben während unserer Ratspräsidentschaft unser Motto für den Innenbereich „Gemeinsam in Europa – Gemeinsam für Europa“ mit Leben gefüllt. Quer über alle Innenthemen hinweg haben wir im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gezeigt, dass es sich lohnt, gemeinsam in Europa zu leben und gemeinsam für Europa einzustehen.

Gemeinsam in einer starken Gesellschaft leben

Antisemitismus und Antiziganismus entschieden entgegnet

Der Kampf gegen Antisemitismus hatte im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft einen hohen Stellenwert. Das BMI und der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland haben während der Präsidentschaft einen Impuls dafür gegeben, zukünftig noch strukturierter allen Formen von Antisemitismus mit einem ganzheitlichen Ansatz entgegenzutreten. Ein konkretes Ergebnis ist die Erklärung des Rates zur durchgängigen Berücksichtigung der Bekämpfung von Antisemitismus in allen Politikbereichen und auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene. Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen im Dezember die Erklärung begrüßt und damit auf höchster politischer Ebene ein wichtiges Zeichen im Kampf gegen Antisemitismus gesetzt.

Zudem hat der deutsche Vorsitz mit den Mitgliedstaaten und Europäischen Institutionen (unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft) einen Austausch zu den Inhalten des neuen "Strategischen EU-Rahmens für Gleichheit, Inklusion und Teilhabe der Roma bis 2030" der europäischen Kommission geführt. Dabei wurden Perspektiven aufgezeigt, wie der Ausbreitung des Antiziganismus aus nationaler Sicht entgegengewirkt werden kann. Auch wurden Verhandlungen zu einer Ratsempfehlung initiiert.

Katastrophenmanagement und Bevölkerungsschutz stärken

Die Corona Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die EU noch besser auf zukünftige Krisen vorbereitet werden muss. Mit dem Leitmotiv einer gemeinschaftlichen und zukunftsgerichteten

Krisenbewältigung haben wir das EU-Katastrophenschutzverfahren gestärkt und fortentwickelt. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen bei der Bewältigung der Pandemie haben wir den Änderungsvorschlag der EU-Kommission zum EU-Katastrophenschutzverfahren mit den Mitgliedstaaten verhandelt, ein gemeinsames Mandat erreicht und mit den Trilogverhandlungen begonnen. Im Zusammenhang mit dem Aufbau des „EU-Wissensnetzes für den Katastrophenschutz“ wurde ein strukturierter Aufarbeitungsprozess im Rahmen von ersten Lessons-Learned aus der Krisenbewältigung vorangetrieben.

Einstehen für gleichwertige Lebensverhältnisse

Wichtig war für die deutsche Präsidentschaft auch das Voranbringen einer resilienten, nachhaltigen und ausgewogenen Raum- und Stadtentwicklung. Wir haben unter anderem die Merkmale der europäischen Stadt als verbindendes kulturelles Element der europäischen Identität hervorgehoben. Dafür wurde die Neue Leipzig-Charta als Leitdokument für nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung in Europa verabschiedet und in Ratsschlussfolgerungen verankert. Die Neue Leipzig-Charta legt den Fokus auf die Gemeinwohlorientierung und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen in Europa. Zudem haben wir Leitlinien für ihre Verwirklichung vorgelegt, in denen Eckpfeiler für die Weiterentwicklung der Urbanen Agenda für die EU festgeschrieben wurden. Während der deutschen Präsidentschaft haben wir den Aktionsplan der Partnerschaft "Kultur und Kulturelles Erbe" der Urbanen Agenda für die EU vorgelegt und verabschiedet.

Zudem wurden während unserer Präsidentschaft aktualisierte gemeinsame Grundsätze für die Raumentwicklungspolitik in der EU in der Territorialen Agenda 2030 beschlossen, die in Ratsschlussfolgerungen mündeten. Die Territoriale Agenda 2030 fördert den Abbau regionaler Disparitäten und setzt sich nachhaltig für eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zwischen den Menschen, Gemeinschaften und Orten in Europa ein. Gleichzeitig wurden sechs konkrete Pilotmaßnahmen zu ihrer Umsetzung initiiert.

Unsere Ziele: wertorientierte Digitalisierung und gerechte Teilhabe

Auch die gesamtgesellschaftliche digitale Transformation in Europa war ein wichtiges Anliegen unserer Ratspräsidentschaft. Wir wollten hierfür die digitale Teilhabe der Gesellschaft stärken und erreichen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in der Lage ist, sich selbstbestimmt in der digitalen Sphäre zu bewegen und diese mitzugestalten – im Wissen um die Geltung unserer gemeinsamen europäischen Werte. Die Verwaltung soll hierfür bei ihrer Digitalisierung mit gutem Beispiel vorangehen. Dies haben wir in der Ministererklärung „Berliner Erklärung zur Digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung“ zum Ausdruck gebracht.

Unsere Basis: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Angesichts der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie und zunehmender gesellschaftlicher Spannungen, demokratiefeindlicher Strömungen und eines wachsenden Misstrauens gegenüber der Europäischen Union war es uns wichtig, im Rahmen unserer Präsidentschaft die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts innerhalb Europas zu betonen.

Deshalb haben wir unter anderem die positive Bedeutung von Sport und Bewegung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorgehoben, die durch ein strategisches Zusammendenken insbesondere der Bereiche Sport, Schule, Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung und Verkehrsplanung entstehen kann. Hieraus sind Ratsschlussfolgerungen zur Förderung der sektorübergreifenden Kooperation zugunsten von Sport und körperlicher Aktivität in der Gesellschaft entstanden.

Gemeinsam haben wir zudem mit den anderen Mitgliedstaaten den EU-Arbeitsplan für den Sport 2021-2024 entwickelt und darin die Schwerpunkte für die sportpolitische Zusammenarbeit in den kommenden Jahren festgelegt.

Europa ist geprägt durch Wanderungsbewegungen und Migration. Wesentliche Beiträge für ein offenes und friedliches Zusammenleben sind daher die Integration der neu Hinzugekommenen sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders insgesamt. Daher haben wir uns mit den anderen Mitgliedstaaten intensiv zu Integrationsthemen ausgetauscht. Schwerpunkt war unter anderem die Frage, wie dauerhaft Voraussetzungen geschaffen werden können, damit Migrantinnen und Migranten schneller am sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben in den Mitgliedstaaten gleichberechtigt teilhaben können. Hierzu haben wir eine Präsidentschaftserklärung mit dem Titel "United in diversity - promoting the European way of life together" erarbeitet.

Gemeinsam europäische Migrationsfragen lösen

Schutzbedürftigen solidarisch helfen

Das bestehende europäische Asylsystem wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Die wichtige Diskussion um das Thema Asyl und Migration haben wir neu aufgenommen und unter den Mitgliedstaaten vorangetrieben.

Ausgehend vom seitens der Kommission vorgelegten neuen Migrations- und Asylpaket haben wir im Rat intensive Diskussionen insbesondere zu Verfahren vor Einreise, zu solidarischer Verantwortungsteilung, zur Sekundärmigration, zur externen Dimension, zur Rückkehr sowie zur legalen Migration geführt. Die Entwicklungen zu den Kernelementen dieses Pakets haben wir in einem Fortschrittsbericht festgehalten, der eine sehr gute und fundierte Grundlage für die weiteren Diskussionen im Rat über eine ambitionierte Neuausrichtung der Europäischen Migrations- und Asylpolitik (insbesondere dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS), bildet.

Effektive Rückkehrpolitik sicherstellen

Ein wirksamer Mechanismus zur effektiven Rückkehr und Rückführung derjenigen Personen, denen kein Schutz zuerkannt werden kann, ist aus unserer Sicht essentiell für ein funktionsfähiges und krisenfestes europäisches Asylsystem. Wir haben daher im Rahmen unserer Präsidentschaft einen intensiven Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und Frontex befördert und über die Implementierung der Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache beraten. Im Rahmen der Diskussion über krisenfestere Rückkehrverfahren im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie haben wir entsprechende Schlussfolgerungen der Präsidentschaft erarbeitet.

Legale Migration fördern

Die europäische Wirtschaft ist aufgrund des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels auch auf die Zuwanderung von hoch qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten angewiesen, um im internationalen Wettbewerb weiterhin bestehen zu können. Im Rahmen unserer Präsidentschaft haben wir intensive und erfolgreiche Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission zur Reform der „Blaue Karte Richtlinie“ geführt. Mit dieser Reform soll es für hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten noch attraktiver werden, sich für einen Arbeitsplatz in der EU zu entscheiden.

Um eine koordinierte Wiederaufnahme der Visaverfahren angesichts der Pandemie zu erwirken, haben wir ein Präsidentschaftspapier und eine Handreichung für die lokale Schengen-Kooperation erstellt, welche die Grundlage für das weitere Verfahren bilden werden, sobald lagebedingt die Einreisebeschränkungen gelockert werden können.

Legale Migration und legale Zugangswege für Schutzbedürftige sind integraler Bestandteil eines ausgewogenen Migrationskonzepts. Auch im Rahmen unserer Präsidentschaft haben wir uns für das

Ziel der Kommission eingesetzt, dass die Mitgliedstaaten ihr Engagement im Bereich Resettlement auf freiwilliger Basis weiter ausbauen. Dies betrifft auch die Verbesserung komplementärer Zugangswege, insbesondere die Einrichtung und Stärkung privater Sponsorenprogramme.

Zusammenarbeit mit Drittstaaten verstärken

Eine nachhaltige Migrationspolitik kann nur gelingen, wenn sie partnerschaftlich ausgerichtet ist. Das neue Migrations- und Asylpaket schlägt daher auch eine signifikante Stärkung der externen Dimension der europäischen Migrationspolitik vor. Der deutsche Vorsitz hat diesen Ansatz unterstützt und unter anderem die weitere Stärkung von Migrationspartnerschaften zum Thema gemacht. Während unserer Präsidentschaft haben wir darüber hinaus die operative Mittelmeer-Initiative und die Westbalkan-Initiative unterstützt. Wir haben ferner die Migrationszusammenarbeit mit Nordafrika und der Türkei vertieft. Die Ergebnisse sind in den Fortschrittsbericht zum neuen Migrations- und Asylpaket eingeflossen.

Außengrenzen wirksam schützen

Zur Gewährleistung eines effektiveren Schutzes der Außengrenzen wurden während unserer Präsidentschaft die schnelle Operationalisierung des neuen Frontex-Mandats sowie des Standing Corps vorangetrieben und durch konkrete Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit Rückkehrmaßnahmen unterstützt.

Zudem konnten wir die politischen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur umfassenden Modernisierung des EU-Visainformationssystems (VIS) abschließen. Künftig werden neben einem automatisierten Datenaustausch mit anderen EU-Sicherheits- und Migrationsdatenbanken unter anderem auch Informationen über Visa für längerfristige Aufenthalte und nationale Aufenthaltstitel der EU-Mitgliedstaaten europaweit abrufbar sein.

Schengenraum bewahren und stärken

Wir haben uns im Rahmen unserer Präsidentschaft zu Schengen, einer unverzichtbaren Säule der europäischen Zusammenarbeit und Integration, bekannt. Zum Schutz des Schengenraums vor unregelmäßigen Einreisen über unzureichend gesicherte EU-Außengrenzen haben wir den Vorschlag für ein verpflichtendes Screening vorangetrieben. Zur Unterstützung der operativen Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten haben wir Vorschläge für gemeinsame grenzüberschreitende Einsätze und erweiterte Befugnisse für unseren Schutz an den Binnengrenzen vorgelegt.

Im Rahmen der abgeschlossenen Verhandlungen des Rechtssetzungsverfahrens zum VIS haben wir auch eine politische Einigung zu Fragen der Interoperabilität von europäischen IT-Systemen und der Verbindung zwischen Visaverfahren und EU-Datenbanken erzielen können. Dies gilt insbesondere für die Verbindung des Visumverfahrens mit den anderen EU-Datenbanken - vor allem mit dem

entstehenden europäischen Einreise-/Ausreiseregister (EES) und dem Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) - wodurch die Sicherheit im Schengenraum erhöht wird.

Darüber hinaus haben wir im Rahmen unserer Präsidentschaft die Weiterentwicklung und Verbesserung der Instrumente des europäischen polizeilichen Informationsaustauschs vorangetrieben. Dabei haben wir insbesondere das EU-Informationsmanagement im Rahmen von Prüm, der PNR- und API-Fluggastdatenverarbeitung und dem EUROPOL-Informationssystem in den Blick genommen und intensiv mit den Mitgliedstaaten diskutiert.

Gemeinsam für die Sicherheit aller sorgen

Die Corona-Pandemie hat den Bedarf der Sicherheitsbehörden in der EU weiter erhöht, digital und zugleich sicher zusammenzuarbeiten und jederzeit einen digitalen Austausch auch sensibler Informationen zu gewährleisten. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat die entsprechenden Bedarfe der Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten abgefragt und festgehalten und in Kooperation mit Europol eine "Roadmap regarding the Extending Secure Communications for EU Law Enforcement" erstellt. Diese sieht einen Mehrjahresplan vor, im Rahmen dessen erhebliche Verbesserungen bei der sicheren Kommunikation erreicht werden sollen, unter anderem sichere gemeinsame mobile Anwendungen, die mit nationalen Systemen kompatibel sind. Die Roadmap wurde im Dezember 2020 von den Mitgliedstaaten beschlossen.

Eintreten für eine Europäische Polizeipartnerschaft

Während der Ratspräsidentschaft haben wir außerdem das Leitbild der Europäischen Polizeipartnerschaft etabliert und es mit Ratsschlussfolgerungen untermauert. Eine Kernforderung besteht darin, dass vorhandenes Wissen – unter Beachtung der Grund- und Menschenrechte – durch besseren Zugang und durch moderne Methoden (wie z. B. den Einsatz Künstlicher Intelligenz), effizienter nutzbar sein muss. Daher wurde unter anderem vereinbart, dass zumindest diejenigen Personen, die von den Mitgliedstaaten als eine schwerwiegende terroristische oder gewaltbereite Gefahr angesehen werden, in den einschlägigen EU-Informationssystemen erfasst werden. Zudem sollen jeder Polizistin und jedem Polizisten – gleich in welchem Mitgliedstaat – jederzeit die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen, die sie im grenzfreien Europa brauchen, um schwere Kriminalität, gewalttätigen Extremismus und Terrorismus bekämpfen zu können. Darüber hinaus wurden mit den Ratsschlussfolgerungen auch die Weichen für die Zukunft von Europol und für eine effektivere Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gestellt.

Eine wichtige Rolle im Rahmen der Europäischen Polizeipartnerschaft spielt die Europäische Polizeibehörde Europol. Sie unterstützt und fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden: als Zentralstelle für den Informationsaustausch, mittels Analyse, operativer Unterstützung und im Bereich Innovation. Mit der gemeinsamen Erklärung der EU-Innenministerinnen und -minister zur Zukunft von Europol, die wir während unserer Ratspräsidentschaft verabschiedet haben, stellen wir sicher, dass Europol die nationalen Strafverfolgungsbehörden künftig noch besser unterstützen kann – etwa im Kampf gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität oder terroristische und extremistische Bedrohungen. Außerdem haben wir uns erfolgreich für eine finanzielle und personelle Stärkung von Europol eingesetzt.

Ein weiteres zentrales Element der Europäischen Polizeipartnerschaft ist das in den Ratsschlussfolgerungen zum Ausdruck gebrachte gemeinsame Ziel der Mitgliedstaaten, die operative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten weiter zu intensivieren – insbesondere entlang der

gemeinsamen Binnengrenzen: Ausländischen Polizeibeamten, die außerhalb des Hoheitsgebiets ihres Heimatstaates tätig sind, sollen ausgewogene Exekutivbefugnisse eingeräumt werden und die Voraussetzungen für die grenzüberschreitende Nacheile und Observation ausgeweitet und damit den Anforderungen der Praxis angepasst werden. Zudem wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft die operative EU-Zusammenarbeit der Polizeien im Technologiebereich gestärkt, durch die Vereinigung von drei verschiedenen europäischen Netzwerken im Bereich Observation zur European Surveillance Group sowie die Gründung einer TKÜ-Expertengruppe "Heads of Lawful Interception Units" in Kooperation mit Europol wesentlich vorangebracht.

Im Bereich der Polizei-Zoll-Zusammenarbeit haben wir Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung des Postversands illegaler Güter veröffentlicht.

Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus

Die Bekämpfung des internationalen, islamistisch motivierten Terrorismus gehört nach wie vor zu den großen Herausforderungen in Europa - dies haben uns die Anschläge in Frankreich, Österreich und Deutschland erneut vor Augen geführt. Im Kreise der Mitgliedstaaten haben wir in einer gemeinsamen Erklärung unsere unerschütterliche Einheit und Solidarität im Kampf gegen alle Formen von Terrorismus bekräftigt. Wir haben uns darauf geeinigt, den Informationsaustausch zu Personen, die von den Mitgliedstaaten als terroristische oder gewaltbereite extremistische Gefahr angesehen werden (in Deutschland "Gefährder"), zu verbessern. Auch Informationen aus Drittstaaten zu sogenannten Foreign Terrorist Fighters prüfen die Mitgliedstaaten künftig in einem koordinierten Verfahren und geben sie gegebenenfalls in das Schengener Informationssystem ein. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft haben bislang zudem 15 Mitgliedstaaten zentrale Kontaktstellen für Opfer von Terrorismus benannt. Die deutsche Ratspräsidentschaft setzte sich außerdem für die Bekämpfung von Rechtsterrorismus und gewaltbareitem Rechtsextremismus sowie die Bekämpfung von Hasskriminalität ein. Diese Themen haben wir intensiv im Rat diskutiert und hierzu auch eine Erklärung des Rates verabschiedet.

Während unserer Präsidentschaft haben wir nach drei technischen und drei politischen Trilogien eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zur Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte erzielen können. Daneben haben wir einen konstruktiven Austausch mit den anderen Mitgliedstaaten zu der Frage geführt, wie terroristische Inhalte über das Netz keine dauerhafte Verbreitung finden können.

Deradikalisierung und Radikalisierungsprävention fördern

Wir haben in einem intensiven virtuellen Austausch unter den Mitgliedstaaten die Radikalisierungsprävention als Teil einer ganzheitlichen Strategie gegen Terrorismus und Extremismus weiter gestärkt. In einer EU-weiten Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und (zivilgesellschaftlicher) Praxis haben wir künftige Herausforderungen

in der Extremismusprävention beleuchtet und diskutiert, wie die europäische Zusammenarbeit und der Austausch der verschiedenen Akteure in diesem Bereich noch besser werden kann.

Organisierte Kriminalität bekämpfen

Die effektive Bekämpfung der Organisierten Kriminalität war für die deutsche Ratspräsidentschaft ein weiteres wichtiges Anliegen. Daher haben wir bei den Mitgliedstaaten im Rahmen einer Umfrage wichtige Informationen zur Clan-Kriminalität gesammelt und die Ergebnisse auf Arbeitsebene präsentiert. Das Thema "family-based-crime" haben wir zum Thema der Europäischen Kriminalprävention (EUCPN) gemacht und hierzu den diesjährigen European Crime Prevention Award (ECPA) verliehen. Zudem haben wir die EU-Initiative zur Bekämpfung der Schweren und Organisierten Kriminalität (EU Policy Cycle) fortentwickelt, indem wir eine Einigung über weitreichende Digitalisierung der Verfahrensabläufe erzielen konnten (EMPACT XR).

In der Drogenpolitik konnte die deutsche Ratspräsidentschaft mit dem Beschluss einer neuen EU-Drogenstrategie 2021-2025 ihr zentrales Ziel erreichen. Die neue Strategie setzt starke sicherheitspolitische und moderne Gesundheitsprioritäten für die nächsten fünf Jahre.

In den Ratsschlussfolgerungen zur Europäischen Polizeipartnerschaft haben wir den Maßnahmen des EU-Aktionsplans gegen den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen Nachdruck verliehen und fordern die Mitgliedstaaten zur Umsetzung auf.

Im Bereich der Polizei-Zoll-Zusammenarbeit wurden - als gemeinsames Präsidenschaftsvorhaben des BMI mit dem Bundesministerium der Finanzen - Handlungsempfehlungen zur effektiveren Bekämpfung des Handels mit illegalen Waren im Internet und Darknet durch die Ratsarbeitsgruppen Law Enforcement Working Party (LEWP) und Customs Cooperation Working Party (CCWP) beschlossen. Fokus der Handlungsempfehlungen ist eine effektivere Kontrolle und Zusammenarbeit auf nationaler und EU-Ebene im Bereich des Postversands illegaler Waren, sowohl zwischen den Polizei- und Zollbehörden der Mitgliedstaaten, Europol und anderen relevanten Agenturen als auch mit den Post- und Kurierdienstleistern

Cybersicherheit erhöhen

Wir haben gemeinsam mit unseren EU-Partnern die Cybersicherheit in Europa mit zahlreichen Initiativen weiter gestärkt: Die EU-Mitgliedstaaten haben die von uns vorgeschlagenen Ratsschlussfolgerungen zur Cybersicherheit von vernetzten Geräten einstimmig verabschiedet. Damit reagiert die EU auf die von vernetzten Geräten ausgehenden Risiken für die Sicherheit unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaften. Gemeinsam sprechen wir uns für ein höheres Sicherheitsniveau im "Internet der Dinge" aus. Darüberhinaus wurde eine politische Einigung zum Verordnungsentwurf zur Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Cybersicherheit und eines Netzwerks von nationalen Koordinierungszentren erreicht. Über das Europäische Zentrum werden in der kommenden EU-Finanzperiode 2021-2027 Forschungsmittel für mehr Cybersicherheit eingesetzt und Anreize für private Investitionen in neue, europäische Cybersicherheitslösungen geschaffen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, Innovationskraft und Erfindergeist zu wecken und Europa als führenden Ort für Spitzentechnologie in der Cybersicherheit zu etablieren. Das Europäische Zentrum wird in Bukarest angesiedelt sein.

Im Rahmen von Ratsschlussfolgerungen haben wir festgehalten, dass es ein notwendiges Gleichgewicht zwischen technologischen Entwicklungen und den Bedürfnissen der Sicherheitsbehörden geben muss. Damit wird sichergestellt, dass die Fähigkeiten der Sicherheitsbehörden zur Telekommunikationsüberwachung durch den Einzug neuerer Technologien nicht geschwächt werden (Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung).

Hybriden Bedrohungen besser entgegen

Hybride Bedrohungen betreffen alle Teile des Staates und der Gesellschaft. Ziel ist es, dieser Herausforderung aktiv zu begegnen und Resilienz umfassend und übergreifend zu stärken. Noch während der andauernden Corona-Pandemie haben wir erste Lessons Learned zu hybriden Bedrohungen (insbesondere zur Erkennung und Analyse von Desinformation) im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie erarbeitet und hierzu Ratsschlussfolgerungen verabschiedet. Diese zeigen unter anderem die wachsenden Herausforderungen für die Sicherheit, die Stabilität und die gemeinsamen Werte und Grundsätze der EU und die Notwendigkeit des Ausbaus der Fähigkeiten zur Analyse und zur Erkennung hybrider Bedrohungen auf EU Ebene auf. Es wird ein umfassender whole-of-government und whole-of-society Ansatz verfolgt, um unsere demokratischen Gesellschaften und Institutionen vor hybriden Bedrohungen zu schützen, die von feindlich gesinnten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ausgehen.